



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

WIRTSCHAFTSKRISE

Große Koalition gegen die Wirtschaftskrise

Eine Woge des pragmatischen Realismus rollt über Deutschland. Eine schwarze Kanzlerin und ein roter Finanzminister, die gemeinsam und ohne parteiisches Gezänk ein der Situation und nicht der eigenen Ideologie geschuldetes staatliches Rettungspaket für Sparer und Banken vorlegen. Ein Parlament und ein Bundesrat, die in Rekordzeit die Regierungsabsicht in Gesetze gießen und damit zeigen, dass politische Initiativen auch in Deutschland schnell vorankommen können, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Eine der Preisniveaustabilität verpflichtete Notenbank, die ihre lange geäußerten Inflationsängste rasch beiseite schiebt und durch massive Zinssenkungen rechtzeitig das Entstehen einer sich selbst verstärkenden Deflationsspirale verhindert. Tarifpartner, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, für einmal auf alte Rituale verzichten und nach verblüffend kurzer Zeit einen ausgewogenen, der kritischen konjunkturellen Situation Rechnung tragenden Kompromiss schließen, der mit Flexibilität und betrieblicher Differenzierung dogmatische Starrheit und Sturheit überwindet. Ein einstimmiger Sachverständigenrat, der sich unideologisch für ein Konjunkturprogramm stark macht, das durch höhere Ausgaben und gegebenenfalls auch durch höhere Staatsdefizite zu finanzieren sei.

Offensichtlich führen außergewöhnliche Zeiten zu ungewöhnlichen Verhaltensweisen. Ideologische Differenzen treten zumindest für einen Moment in den Hintergrund. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft rücken zusammen. Deutschland bildet

eine Große Koalition gegen die drohende Wirtschaftskrise.

Zwar wird alle pragmatische Vernunft nicht genügen, um Deutschland vor einer Rezession zu bewahren. Aber sie wird dafür sorgen, dass die Rezession Deutschland nicht lange und nicht dramatisch heimsuchen wird. Das ist nicht wenig mit Blick auf die ökonomischen Hiobsbotschaften der letzten Wochen und angesichts der Schreckensszenarien einer Weltwirtschaftskrise, die von Weltbank, Internationalem Währungsfond und der OECD entworfen werden.

Mit wenig zusätzlicher Anstrengung könnte es jedoch noch besser werden. Hierzu wäre lediglich notwendig, dass sich Regierung und Parlament beim Schnüren des Konjunkturprogramms von ideologisch geprägtem Denken befreien würden. Denn noch ist das am Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossene und in den nächsten Tagen nun im Parlament zu beratende staatliche Konjunkturprogramm ein buntes Sammelsurium, das alle Farben des politischen Spektrums bedienen soll.

Da gibt es etwas für die Autoindustrie, etwas für den Mittelstand, etwas fürs Handwerk, etwas für private Haushalte, etwas für die Kurzarbeiter, etwas für grüne Gebäudesanierung und etwas für die Verkehrsinfrastruktur. In der Summe wird daraus ein Programm, das vielen Herren dienen soll und dabei vergisst, dass es eigentlich um die Stützung der Konjunktur gehen müsste.

Es ist eine der wenigen Eisernen Regeln der Wirtschaftspolitik, dass man mit einem Instrument nur ein Ziel anpeilen sollte. Sonst drohen Zielkonflikte, also sich gegenseitig störende oder gar widersprechende Wirkungen. Ein Konjunkturprogramm muss demgemäß der Konjunktur dienen und nicht gleichzeitig auch noch der Ökologie, dem Schutz einzelner Branchen oder schlimmer noch den Wünschen einzelner Interessengruppen. Letztere mögen zwar alles auch ganz wichtige und ehrenwerte Ziele sein. Sie sollten aber direkt und präzise mit eigenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen angestrebt werden und nicht indirekt und mit hohen Streuverlusten über ein Konjunkturprogramm.

Die beste Politik, um ein langes Abgleiten in eine starke Rezession zu verhindern, ist eine Politik, die den privaten Konsum und die betrieblichen Investitionen stärkt. Es ist eine Politik, die für mehr Kaufkraft in der Bevölkerung sorgt und nicht eine, die den Menschen gut gemeinte Anreize zu einer von Regierung und Parlament als richtig bewerteten Einkommensverwendung bietet, die dann doch nicht wahrgenommen werden. Es ist eine Politik, die auf

mehr Netto setzt und so eigene Leistung und nicht staatlich geförderte Verhaltensweisen attraktiver macht.

Ein kluges Konjunkturprogramm kann in der Tat helfen, das sich abzeichnende harte Winterhalbjahr besser zu überleben und ökonomisch rascher wieder Tritt zu fassen. Klug bedeutet dabei, einen der Situation angepassten Policy Mix zu wählen. Steuern und Abgaben sollten gesenkt werden, lange schon geplante staatliche Infrastrukturprogramme wären zeitlich vorzuziehen. Die Steuersenkung könnte durch eine Anhebung der Steuerfreibeträge von 7664 Euro im Jahr pro Steuerzahler auf 8000 Euro pro Person erfolgen. Ein Ehepaar mit zwei Kindern wäre so in der Lage, einen Steuerfreibetrag über 32.000 Euro schon zum 1.1.2009 auf der Steuerkarte eintragen zu lassen. Alternativ wäre möglich, dem wegweisenden Beispiel der Tarifpartner in der Metall- und Elektroindustrie zu folgen. Sie haben sich darauf verständigt, den Beschäftigten für den November und Dezember 2008 Einmalzahlungen von 510 Euro zu gewähren. Die Fiskalpolitik könnte diese konjunkturpolitisch sehr wirkungsvolle Maßnahme flankieren. Dazu müsste

sie allen Steuerzahler einmal 100 Euro im Januar einmal 100 Euro im Februar in Form eines Bar-Schecks zurückerstatten. Damit das Geld ausgegeben und nicht aus Angst gespart wird, könnten die Bar-Schecks eine zeitliche Befristung bis Ende März haben. Eine weitere Alternative wäre, die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge oder den Soli 2009 auszusetzen.

Ein kluges Konjunkturprogramm muss die Stabilisierung der Konjunktur fokussieren und nicht andere Ziele verfolgen wollen. Es sollte sich einreihen in den wohltuenden und zielführenden pragmatischen Realismus, der die Verhaltensweisen von Politik, Wirtschaft und Tarifpartnern im Kampf gegen den wirtschaftlichen Abschwung dominiert. Noch ist es nicht zu spät. Noch kann das Parlament dafür sorgen, dass das Konjunkturprogramm seinem Namen gerecht wird und der Konjunktur und damit dem Wohle aller und nicht nur den speziellen Interessen einzelner Gruppen dient.

Eine geänderte Fassung dieses Beitrags ist am 13. November 2008 auf Spiegel Online erschienen.